

[View this email in your browser](#)

# RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Juli 2024

1. Regional
2. Nicaragua
3. El Salvador
4. Guatemala
5. Honduras

*Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?*

Gerne an: [koordination@rt-za.de](mailto:koordination@rt-za.de)

## 1. Regional

**Venezuela:** Am 28. Juli 2024, nach einem komplexen Wahltag in Venezuela, erklärte das venezolanische Wahlgericht den Sieg des derzeitigen Präsidenten Nicolás Maduro. Die Opposition hat jedoch auf zahlreiche Unregelmäßigkeiten im Wahlprozess hingewiesen und wirft der derzeitigen Regierung Wahlbetrug vor. Die mittelamerikanischen Präsident\*innen haben in den letzten Tagen ihre Positionen deutlich gemacht. Bernardo Arévalo kommentierte auf sozialen Medien, dass die Wahlergebnisse ernsthafte Zweifel aufkommen ließen und [forderte Transparenz für das venezolanische Volk](#). Nayib Bukele, salvadorianischer Präsident, bezeichnete die venezolanischen Wahlen als „Betrug“, [woraufhin das venezolanische Außenministerium ihn als „korrupt und faschistisch“ bezeichnete](#) und seine Vorwürfe zurückwies. Xiomara Castro gratulierte Maduro auf X (ehem. Twitter) zu seinem [„unbestreitbaren Sieg“](#). Ortega [beschuldigte die venezolanische Opposition außerdem eines Putschversuchs](#) und kritisierte die [lateinamerikanischen Regierungen](#), die Transparenz forderten.

**Gesundheit:** In der zentralamerikanischen Region wurde in den letzten Monaten ein deutlicher Anstieg von Dengue-Fällen festgestellt. Die Panamerikanische Gesundheitsorganisation (PAHO) [hat im Mai eine epidemiologische Warnung herausgegeben](#) und erklärte, dass Zentralamerika in eine Phase der [„erhöhten Dengue-Zirkulation“](#) eintritt, die in der zweiten Jahreshälfte zu einem Anstieg der Fälle führen könnte.

Das Gesundheitsministerium in El Salvador erklärte am 22. Juli, dass in dem Land [alle 48 Stunden 30 bis 40 Fälle von Dengue-Fieber ermittelt werden](#). Bislang sind in El Salvador offiziell vier Menschen an der Krankheit gestorben. In Guatemala hat sich die Zahl der bisher festgestellten Fälle [im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verfünffacht](#). Honduras meldete in der ersten Jahreshälfte mehr als 23.000 Fälle und [damit eine der höchsten](#)

**Klima:** Seit Mitte Juni haben schwere Regenfälle Überschwemmungen und Erdbeben im nördlichen Dreieck Zentralamerikas verursacht. Mindestens 30 Menschen sind ums Leben gekommen, 19 in El Salvador, 10 in Guatemala und einer in Honduras. In El Salvador rief der Kongress als Reaktion darauf einen 15-tägigen Notstand aus. Die guatemaltekeische Regierung beschloss ihrerseits, die Hauptverkehrsstraße im Süden des Landes zu sperren. In Honduras entließ Präsidentin Xiomara Castro im Juni den Leiter der staatlichen Institution für Risiko- und Katastrophenmanagement, Darío García, und ernannte an seiner Stelle den Militäroffizier José Fortín, bisher Vize-Verteidigungsminister.

**Zentralamerikanische Beziehungen:** Der Präsident von Guatemala, Bernardo Arévalo, und die Präsidentin von Honduras, Xiomara Castro, trafen sich am 22. Juni im Rahmen eines offiziellen Besuchs in Guatemala-Stadt. Bei diesem Treffen vereinbarten sie eine bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Migration, Entwicklung und Klimakrise. Castro äußerte später, dass die beiden beschlossen haben, sich gemeinsam darum zu bemühen, "das Zentralamerikanische Integrationssystem (SICA) zu reaktivieren", um regionale Probleme anzugehen.

---

## 2. Nicaragua

**Verfolgung der Kirche:** Die Expertengruppe für Menschenrechte in Nicaragua (GHREN) hat der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (UN) ihren jüngsten Bericht vorgelegt. Der Bericht befasst sich mit der Verfolgung der katholischen Kirche und anderer religiöser Konfessionen durch das sandinistische Regime zwischen 2018 und März 2024. Zu den von der GHREN festgestellten Rechtsverletzungen gehören Drohungen, physische Aggressionen, willkürliche Inhaftierungen, Folter und der willkürliche Entzug der Staatsangehörigkeit von Kirchenmitgliedern. Laut dem Bericht stellen einige dieser Handlungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Der Bericht erfasst unter anderem die Verhaftung, Inhaftierung und Folterung von Monsignore Rolando Álvarez, Bischof der Diözese Matagalpa.

**Indigene Rechte:** In der ersten Hälfte des Jahres 2024 wurden 643 Fälle von Verletzungen der Rechte indigener Völker in der Autonomen Region der Karibischen Nordküste (RACCN) erfasst. Während einer Anhörung Anfang Juli 2024 erklärten Kollektive aus der Region sowie internationale zivilgesellschaftliche Organisationen vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) die ernste Situation von Gewalt und Repression, der die Mayangna-Bevölkerung durch eindringende Colonos (Landinvasoren) ausgesetzt sind.

**Repression:** Nach drei Wochen faktischen Hausarrests erlitt der Bruder des Präsidenten, Humberto Ortega, am 12. Juni einen Herzinfarkt. Ortega wurde in das Militärkrankenhaus verlegt. Seit dem 15. Juni, als der Bruder des Präsidenten im Krankenhaus in Isolationshaft genommen wurde, gibt es keine Informationen mehr über ihn. Präsident Daniel Ortega hatte die Polizei angewiesen, das Haus seines Bruders zu umstellen, nachdem dieser ihn am 19. Mai in einem umstrittenen Interview im Nachrichtenportal Infobae kritisiert hatte.

**Internationale Beziehungen:** Nicaragua hat Ende Juni diplomatische Beziehungen mit

Islamischen Emirats Afghanistan. Mit dieser Entscheidung wird Nicaragua das einzige lateinamerikanische Land, welches das Taliban-Regime, das 2021 die Macht übernommen hat, anerkennt. Kritiker und Experten für internationale Beziehungen, wie der ehemalige nicaraguanische Botschafter bei der OAS, Arturo McFields, meinen, dass dieser Schritt Nicaragua weiteren US-Sanktionen aussetzen könnte. Im Juni hat auch Nicaragua seine Beziehungen zu Nordkorea formalisiert und den neuen nicaraguanischen Botschafter Manuel Modesto Munguía Martínez in Pjöngjang akkreditiert. Mit dieser Entscheidung ist Nicaragua neben Brasilien, Kuba, Mexiko und Venezuela das einzige lateinamerikanische Land mit einer Botschaft in Nordkorea.

### 3. El Salvador

**Wirtschaft:** Am 16. Juli kündigte Präsident Nayib Bukele einen sechsstufigen Wirtschaftsplan an, von dem er jedoch nur die erste Phase bekannt gab. Das Dokument des Plans ist nicht öffentlich – ähnlich wie beim Plan Control Territorial, dem Plan für die Sicherheitspolitik seiner ersten Amtsperiode. Die Maßnahmen zielen darauf ab, dem Anstieg der Lebensmittelpreise im Land entgegenzuwirken: Im Juli stiegen die Preise den vierten Monat in Folge. Die erste Phase des Plans soll die Schaffung von 30 Agrarmärkten, die zu „Versorgungszentren“ (centros de abasto) werden sollen, sowie die Abschaffung der Einfuhrzölle auf 160 Grundnahrungsmittel für zehn Jahre umfassen. Kritiker\*innen der Maßnahmen weisen daraufhin, dass viele dieser Nahrungsmittel im Rahmen eines Freihandelsabkommens bereits über keine Einfuhrzölle verfügten. Darüber hinaus befürchten einige Ökonom\*innen, dass die Entscheidung zu Lasten kleiner und mittlerer Lebensmittelproduzenten gehen wird.

**Repression:** Die Polizei verhaftete Ende Mai acht FMLN-Kriegsveteranen unter dem Vorwurf, im Rahmen der verfassungswidrigen Amtseinführung von Nayib Bukele einen Terroranschlag geplant zu haben. Die Regierung behauptet, dass die acht ehemaligen Guerillakämpfer angeblich "Sprengstoffanschläge auf Tankstellen, Supermärkte und öffentliche Einrichtungen" verüben wollten. Unter den Verhafteten befindet sich der Ökonom, ehemalige FMLN-Anführer und Unterzeichner des Friedensabkommens José Atilio Montalvo. Montalvos Familie hat seine Unschuld behauptet und seine Freilassung gefordert, da der 74-jährige Veteran gravierende gesundheitliche Probleme hat: Er erlitt kürzlich einen Schlaganfall und einen Herzinfarkt und muss regelmäßig zur Dialyse.

**Verfassungswidriger Amtsantritt:** Am 1. Juni 2024 fand in San Salvador die Einführung der neuen Amtsperiode von Nayib Bukele statt. Eine sofortige Wiederwahl ist in El Salvador in mindestens sechs Verfassungsartikeln ausdrücklich verboten, so dass diese zweite Amtszeit des Präsidenten Bukele illegal ist. Trotz ihres verfassungswidrigen Charakters waren auch weitere zentralamerikanische Präsidenten wie Xiomara Castro aus Honduras und Rodrigo Chaves aus Costa Rica sowie umstrittene Figuren wie Javier Milei, Präsident von Argentinien, Daniel Noboa, Präsident von Ecuador, und Donald Trump Jr., der Sohn des ehemaligen US-Präsidenten und aktueller Präsidentschaftskandidat, anwesend.

In seiner Antrittsrede kündigte Bukele an, dass bald harte Maßnahmen ergriffen werden, um die wirtschaftliche Lage des Landes zu verbessern. Er bezeichnete dies als „bittere Medizin“, die die salvadorianische Bevölkerung einnehmen müsse, um vom „Krebs“ geheilt zu werden. Der verfassungswidrige Präsident verlangte von den Bürger\*innen während seiner Rede Unterwerfung: Er forderte die Tausenden von Anwesenden auf, die Hände zu heben und sich zu verpflichten, die Entscheidungen der Regierung bedingungslos zu unterstützen und kritische Stimmen abzulehnen. „Wir schwören, niemals auf die Feinde

**Modell Bukele:** Die argentinische Sicherheitsministerin Patricia Bullrich besuchte Mitte Juni El Salvador für ein Treffen mit dem verfassungswidrigen Präsidenten Nayib Bukele. Während des Treffens unterzeichnete sie ein Abkommen zur Bekämpfung der transnationalen Kriminalität. Sie besuchte auch das Zentrum für Terrorismusbekämpfung (CECOT), das bekannte Mega-Gefängnis, das während Bukeles vorheriger Amtszeit gebaut wurde, um zehntausende Menschen unterzubringen, die unter dem Ausnahmezustand inhaftiert wurden.

Der ecuadorianische Präsident Daniel Noboa besuchte im Rahmen der verfassungswidrigen Amtseinführung ebenfalls das Land. Er traf sich mit Bukele, um über die Sicherheitspolitik der beiden Länder zu sprechen, und Noboa zeigte sich an der repressiven Strategie El Salvadors zur Kriminalitätsbekämpfung interessiert. In einem Interview für den New Yorker mit dem bekannten Journalisten Jon Lee Anderson beleidigte Noboa den Präsidenten Tage später, indem er ihn als "arrogant" bezeichnete und auf seine antidemokratischen und korrupten Aktionen hinwies. Am 21. Juni begann Noboa jedoch mit dem Bau eines Hochsicherheitsgefängnisses, was mit dem CECOT verglichen werden kann.

---

#### 4. Guatemala

**Exil:** Die Juristin Virginia Laparra ging ins Exil, nachdem sie am 8. Juli zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde. Die ehemalige Leiterin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption und Straflosigkeit (FECI) erklärte, sie habe beschlossen, das Land zu verlassen, um ihr Leben zu schützen. Es handelt sich um die zweite Verurteilung der Anti-Korruptions-Staatsanwältin, die von Amnesty International zu einer politischen Gefangenen erklärt wurde. Der guatemaltekeische Präsident Bernardo Arévalo hatte Laparra im März mit einem Preis ausgezeichnet. Laparra ist somit die erste Juristin, die während der Amtszeit Arevalos wegen der Verfolgung der kooptierten Justiz ins Exil muss.

**Menschenrechtsbeobachtung:** Vom 22. bis 26. Juni führte die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) einen In-Loco-Besuch in Guatemala durch, um Rückschritte bei der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz zu beobachten. Die Delegation der CIDH besuchte Guatemala-Stadt, Alta Verapaz, Izabal, Petén, San Marcos, Sololá, Totonicapán und Quetzaltenango. Sie traf sich mit Vertretern der verschiedenen Regierungsstellen, unter ihnen Präsident Bernardo Arévalo, führte Gespräche mit zahlreichen Organisationen der Zivilgesellschaft, Aktivisten und Opfern von Menschenrechtsverletzungen und besuchte verschiedene Gefängnisse. Im Anschluss an den Besuch präsentierte die Delegation eine Reihe von Empfehlungen: Unter anderem forderte sie die Generalstaatsanwaltschaft auf, die Verfolgung von Justizbeamten, Menschenrechtsverteidigern und anderen kritischen Stimmen in der guatemaltekeischen Gesellschaft einzustellen.

**Justiz:** In Guatemala werden derzeit die Richter\*innen des Obersten Gerichtshofs und des Berufungsgerichts gewählt, die von Oktober dieses Jahres bis 2029 im Amt sein werden. Bei den vergangenen Wahlen war dieser Prozess von Korruption geprägt, ein Problem, das eine bedeutende Rolle in der Kooptation der guatemaltekeischen Justiz spielte. Präsident Bernardo Arévalo bat daher die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) um die Entsendung einer Mission, die den fairen und transparenten Ablauf des Prozesses überwachen soll. Die OAS-Expertengruppe traf Ende Juni in Guatemala ein und hielt einen Austausch mit Arévalo, der die Bedeutung des Prozesses für die Korruptionsbekämpfung betonte.

Mitte Juni nach Europa reisen. Am 13. Juni, einen Tag vor seiner Abreise, beschloss er jedoch, seine Reise abzubrechen. Auf einer Pressekonferenz gab Arévalo die Absage der Reise aufgrund eines rechtlichen Problems im Zusammenhang mit dem Vertrag über den Betrieb von Puerto Quetzal bekannt. Er sollte an einem Gipfeltreffen zur Ukraine in der Schweiz teilnehmen, an der Internationalen Antikorruptionskonferenz (IACC) in Litauen teilnehmen und Papst Franziskus persönlich nach Guatemala einladen. Bisher hat er keine alternativen Termine für eine Europareise angekündigt.

**Extraktivismus:** Mitte Juni beschloss die guatemaltekische Regierung, die Umweltlizenz für den Betrieb der Mine Cerro Blanco zu widerrufen. Das Megaprojekt eines kanadischen Unternehmens befindet sich in Asunción Mita, nahe der Grenze zu El Salvador, und sein Betrieb könnte schwerwiegende Auswirkungen auf die Wasserversorgung beider Länder haben. Durch staatliche Ermittlungen wurde festgestellt, dass u.a. Unterschriften bei Dokumenten gefälscht wurden und über 900 Seiten des Originaldossiers des Projekts nicht gefunden werden konnten. Das Umweltministerium kündigte an, dass das Verfahren für den Zugang zu Umweltlizenzen auch geändert werden müsse. Zehn Tage später stellte das Unternehmen beim Umweltministerium einen Antrag auf Aufhebung der Aussetzung.

## 5. Honduras

**Sicherheitspolitik:** Die Regierung von Xiomara Castro hat Anfang des Jahres den Bau eines isolierten Megagefängnisses auf den Islas del Cisne, der einzigen Gefängnisinsel in der Region, angekündigt. Das Nationale Strafvollzugsinstitut (INP) plant, im August mit dem Bau eines Komplexes zu beginnen, in dem mehr als 2.000 Gefangene untergebracht werden sollen, sowie eines Notaufnahmезentrums (CRE) zwischen Olancho und Gracias a Dios für 20.000 Personen. Die honduranische wissenschaftliche Gemeinschaft lehnt das Projekt wegen der Umweltauswirkungen auf der Insel ab. Die Regierung wies diese Kritik zurück und behauptete, dass die Gegner des Projekts „mit dem organisierten Verbrechen verbunden“ seien.

**Gerechtigkeit:** Am 26. Juni wurde der ehemalige honduranische Präsident Juan Orlando Hernández von einem Gericht in New York zu 45 Jahren Gefängnis verurteilt. Der ehemalige Präsident war nach einem Prozess, der mit seiner Auslieferung im April 2022 begann, wegen Verbrechen im Zusammenhang mit Drogen- und Waffenhandel für schuldig befunden worden. Hernández war acht Jahre lang für die Nationale Partei von Honduras (PNH) im Amt. Die Staatsanwaltschaft hatte eine lebenslange Haftstrafe gefordert, um eine deutliche Botschaft an andere Komplizen des Drogenhandels in Regierungspositionen zu senden. Die Mindeststrafe für seine Verbrechen betrug 40 Jahre.

**LGBT-Rechte:** Die Arbeit des Transfrauenkollektivs Muñecas de Arcoíris aus Honduras wurde mit dem Preis von Frontline Defenders für gefährdete Menschenrechtsverteidiger\*innen 2024 ausgezeichnet. Jennifer Córdova, Leiterin der Organisation, besuchte Dublin für die Verleihungszeremonie zusammen mit anderen Preisträger\*innen aus Zypern, Mosambik, Pakistan und Palästina. Das Kollektiv arbeitet unter dem Dach der Asociación LGTBI+ Arcoíris de Honduras mit dem Ziel, einen sicheren Raum für trans Personen zu schaffen. Sie bestehen offiziell seit 2008, arbeiten aber bereits seit 2006 zusammen und dokumentieren Fälle von Verletzungen der Rechte der honduranischen trans Bevölkerung.

---

airo-indigenen Gariuna-Bewegung: [Carmen Isabel Alvarez](#), [Kaiton Douglas Reyes](#), [Charlie Alvarez](#) und [Leonard Edy Brown](#). Die Verhaftungen erfolgten aufgrund von Fällen, die bereits eingestellt worden waren, und die Polizei bedrohte die Zeugen, damit sie die audiovisuellen Beweise der Verhaftung löschen. Die Anhörung wird am 1. August stattfinden.

Am selben Tag [versuchten 40 bewaffnete Polizeibeamte](#), die [Gemeinde San Juan in Tela von ihrem angestammten Land](#), das sie von Personen aus dem Umfeld des Bürgermeisters [Ricardo Cáliz](#) zurückerobern konnten, zu vertreiben. Die Gemeinde von San Juan wurde mittels [eines positiven Urteils des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte](#) darin bestätigt, rechtmäßig in diesem Land zu leben.

---

---